

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 4

Artikel: Die neue Armut der Bergbauern vergrößert die alte Armut : wo steckt die fehlende Milliarde?
Autor: Albonico, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340474>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gen, «bauern sei dann das Allerletzte»?

Mit diesen Fragen soll angedeutet werden, wie es um die seelisch-moralische Verfassung bei vielen Bauernfamilien und alleinstehenden Bauern steht. Vielen – zum Glück nicht allen – geht es so, wie es einem Kalb gehen würde, wenn es wissen könnte, dass es für die «Ausmerzaktion» vorgesehen ist.

Das Mindereinkommen der Berglandwirtschaft ist Geld, welches im ländlichen Raum generell fehlt. Was hat dies konkret für Folgen:

– Von 750 Berggemeinden der Schweiz weisen 133 weniger als 100 Einwohner auf. Mehr als die Hälfte dieser Einwohner lebt von der Landwirtschaft.

Im ganzen Berggebiet lebt ungefähr ein Sechstel der Bewohner von der Landwirtschaft – gesamtschweizerisch sind es noch ein Zwanzigstel.

– An der Grenze der Dauerbesiedlung sichert die Landwirtschaft allein den Wohn- und Erholungsraum.

– Die Bestossung der Alpen, Nutzung der Steillagen, Unterhalt der Wege und Wasserläufe und Beseitigung der Schäden von Naturgewalten schützen Dörfer und Talschaften vor Vergandung und Katastrophen.

– Die politische und soziale Funktionsfähigkeit der Berggemeinden hängt weitgehend von der Funktionsfähigkeit und zahlenmässigen Stärke der Landwirtschaft ab.

– Eine weitere Abwanderung aus den Berggebieten in die Agglomerationen bedeutet einen weiteren «menschlichen Kapitaltransfer» Richtung Talgebiet. (SAB)

Das gesamte Einkommensdefizit liegt in der Grössenordnung von 10 Prozent. Das heisst, man könnte den Paritätslohn um 10 Prozent tiefer ansetzen, und die Bauern würden im Durchschnitt auf ihren errechneten Lohnanspruch kommen.

Aber eben nur im Durchschnitt! (Man könnte allerdings mit sehr guten Gründen den Paritätslohn auch etwas höher ansetzen: Dann würden die Bauern *im Durchschnitt* deutlich zuwenig verdienen.)

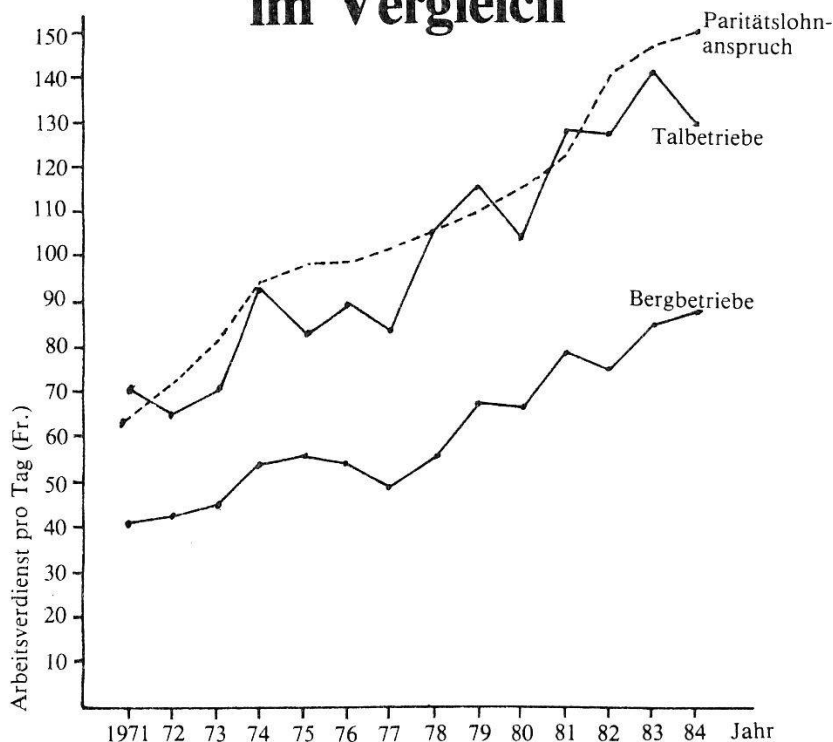
Die Arbeitsverdienste werden jeweils aufgrund der Ergebnisse der Buchhaltungsbetriebe ermittelt. Diese stellen besonders im Berggebiet eine zu positive Auswahl von Betrieben dar. «Die Realität dürfte noch schlimmer sein», meint Direktor Jörg Wyder vom SAB.

Immer mehr Betriebe schliessen

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass besonders viele kleinere Rindviehhaltungsbetriebe im Talgebiet sowie praktisch sämtliche Bergbetriebe den Lohnanspruch nicht erreichen. Das äussert sich statistisch so, dass das ermittelte

Durchschnittseinkommen sehr tief ist und dass ausserdem auch die bestverdienenden Betriebe dieser Gruppen den Soll-Lohn kaum je erreichen (Schwarzenbach). Eine Arbeitsgruppe der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Bergbevölkerung (SAB) hat errechnet, dass das landwirtschaftliche Gesamteinkommen in allen Bergzonen zusammen *jährlich etwa eine Milliarde Franken zu tief* ist. Die Berechnung erfolgte aufgrund der Zahlen aus den Jahren 1975 bis 1982; seither hat sich die Situation eher verschlechtert: Der Absatz landwirtschaftlicher Produkte stagniert (wobei daran zu erinnern ist, dass die Schweizer Grenzen soweit offen sind, dass gegen die Hälfte unserer Nahrungskalorien importiert werden können). Die Viehzucht, einst *die* Produktionsrichtung der Berggebiete, verliert immer mehr an Bedeutung für die Bergbetrie-

Bäuerliche Verdienste im Vergleich



Der Vergleich der Einkommen zwischen Tal- und Bergbetrieben zeigt, dass der Verdienst der Bergbauern sowohl gegenüber den Talbetrieben wie auch gegenüber dem Paritätslohnanspruch konstant zu tief ist.

(Graphik: Schweiz. Bauernverband, Brugg)

be, weil immer weniger Kühe immer mehr Milch geben und damit in den Talbetrieben Plätze freiwerden für die eigene Aufzucht: Produktionsalternativen gibt es wenige, vor allem wenige, die finanziell interessant wären. Der direkten Vermarktung ab Hof sind enge Grenzen gesetzt: Der Direktabsatz von Milch und Milchprodukten ist praktisch verboten, der Direktabsatz von Fleisch ist schwierig – und viel anderes kann das Berggebiet nicht produzieren. In fast allen Untersuchungen über die Einkommenslage der Landwirtschaft werden immer nur die vorhandenen Betriebe einbezogen; dass jedes Jahr ein bis zwei Prozent der Betriebe den Laden endgültig dicht machen, wird dabei vergessen. Wenn man davon ausgeht, dass die meisten Bauern gerne bauern und dass entweder eines ihrer Kinder oder Junge aus nichtbäuerlichen Verhältnissen gerne den Betrieb weiterführen würden, so kann man annehmen, dass in den allermeisten Fällen ökonomische Gründe zur Betriebsaufgabe zwingen. Die schlechtest-verdienenden Betriebe sind also erst die «Zweit-Ärmsten», die allerärmsten geben auf.

Die Milliarde ist irgendwo zuviel

Erst geht die Kuh, dann geht der Gast – wen soll man da noch melken?» hat der deutsche Fernseh-Journalist Horst Stern einmal gefragt. Gerade der zweitwichtigste Wirtschaftszweig, der Fremdenverkehr, hat als eine seiner Voraussetzungen eine starke Landwirtschaft. Aber auch der Dachdecker, der Sanitär-Installateur, der Wirt, der Dorfladen verdienen nichts, wenn der Bergbauer nicht zahlen kann. Und wenn zuerst der eine, dann der andere aufgibt, dann wird

wohl bald auch die Dorfschule überflüssig.

Quintessenz: Die fehlende Milliarde fehlt in den Rand- und Berggebieten, in Gegenden also, die auch sonst oft wirtschaftlich schwach sind. Man kann's auch umgekehrt sagen: Diese Milliarde ist irgendwo *zuviel*: Man müsste jetzt darlegen, wie «der Konsument» und «der Steuerzahler», welche meistens in den Agglomerationen wohnen, ihren Konsum und ihre Erholung zu billig erhalten und damit «zuviel» Geld haben für andere Ausgaben, welche sie meistens in den Zentren tätigen, womit sie dazu beitragen, dass die Agglomerationen immer aufgeblähtere Wasserköpfe werden, wodurch beispielsweise die dortigen Bodenpreise ins Unendliche steigen, was gewissen Personen und Organisationen enorme Gewinne ermöglicht, welche wiederum gewinnbringend investiert werden müssen...

Der Bergbauer als Bewahrer

Dabei würde gerade die Berglandwirtschaft ökologischen Forderungen weitgehend gerecht: Die Kühe, Schafe und Ziegen fressen Gras, und zwar Gras, das dort wächst, wo sonst nicht mehr viel «Essbares» wächst!

Ich zitiere aus dem SAB-Bericht: «Die Abstände zum Soll-Einkommen vergrössern sich für kleinere Betriebe und Betriebe in höheren Lagen.» Und weiter: Der Bergbauer «ist Garant geworden für die Bewohnbarkeit der Berggebiete, er stellt den 'Rohstoff Landschaft' in einer ansprechenden Form für den Tourismus zur Verfügung, er ist Bewahrer eines ökologisch-ökonomischen Gleichgewichtes im Berggebiet, er erbringt Leistungen wie beispielsweise die Pflege des Privatwaldes, welche von öffentlichen Betrieben nur noch bei massi-

vem Einsatz von Steuergeldern erbracht werden. Der Bergbauer ist Knotenpunkt in einem Netzwerk von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Beziehungen geworden. Überproduktion und damit verbundener zusätzlicher Einkommensdruck auf die Bergbauern werfen die Frage auf, ob auch in Zukunft die Berglandwirtschaft ihre Funktionen noch erfüllen kann. Wenn politische und wirtschaftliche Randbedingungen zu einer zusätzlichen Abwanderung führen, besteht die Gefahr, dass das verletzte System der Beziehungen vollständig umkippt. In zahlreichen Talschaften und Gemeinden sind die Anzeichen nicht mehr zu übersehen: Zuwenig Einwohner, um die öffentlichen Ämter zu bekleiden; geschlossene Schulen; fehlende Versorgung der Bevölkerung; Überalterung der Bevölkerung; Ausbleiben der Investitionen; Brachlegung von Wiesen und Weiden; Güterwege und Wanderwege zerfallen; Lawinenschäden werden nicht mehr ausgebessert; Gebäude zerfallen und Wälder werden zerstört.»

Was ist zu tun?

Es braucht *strukturelle Massnahmen*, und es braucht *gezielte, spontane, unkomplizierte Hilfe*. Die SAB listet ein ganzes Bündel von Massnahmen auf:

- Deutliche Erhöhung der Kostenbeiträge.
- Deutliche Erhöhung der Familienzulagen.
- Milchpreiszuschläge auf die ersten 30 000 Liter, nur für die Bergbauern (zum Beispiel 10 Rappen pro Kilo Milch) respektive höhere Kuhbeiträge für die ersten sechs Kühe.
- Verbesserung der Preise für Zucht- und Schlachtvieh (um beispielsweise 10 Prozent).

Alle diese Massnahmen kosten. Woher das Geld? Die SAB formuliert folgende Ideen:

- eine «Wust» auf Lebensmitteln von vier Prozent,
- einen Zuschlag zur direkten Bundessteuer,
- «Landschafts-Vignette»,
- Abgabe auf Kulturlandverluste (bei Überbauungen) von 10 Prozent des Land-Erlöses.
- Energiesteuer (0,5 Rappen pro kWh, 5 Rappen pro kg Erdölprodukt).
- Belastung von umweltgefährdenden landwirtschaftlichen Produktionsmitteln (Dünger, importierte Futtermittel, chemische Hilfsstoffe usw.).
- Treibstoffzoll; teilweise Verwendung für die Berglandwirtschaft statt nur für den Strassenbau.

Die genauen Ausführungen finden sich im Bericht der SAB. Direkte Massnahmen zugunsten der Berglandwirtschaft allein genügen allerdings nicht. Wird die bergbäuerliche Produktion allzu sehr intensiviert, so entstehen auch im Berggebiet ökologische Probleme. Deshalb sind auch ausserlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten nötig, aber solche, die sich gut mit der Landwirtschaft kombinieren lassen und nicht die ganze Bauernfamilie überfordern.

Aufbauhilfe und Solidarität

Damit kommen wir zum letzten Punkt: Es braucht da und dort auch eine gezielte, spontane, unkomplizierte Hilfe. Dabei muss die Sozialhilfe mehr und mehr zur umfassenden Aufbauhilfe werden («Fischernetze statt Fische!»), das kann bedeuten, dass sich auch die «klassischen» Hilfswerke, wie die Pro Juventute zum Beispiel, mit dem Problem der Schaffung von geeigneten Kombinations-Arbeitsplätzen befassen müssen. Apropos Arbeitsplätze: In vielen Berggegenden fehlen ja nicht nur diese Kombinationsmöglichkeiten für Bauern, sondern es fehlen gute Arbeitsplätze überhaupt!

Diese direkte Hilfe muss erfolgen aus der Einsicht heraus, dass die Berg- und Kleinbauern nicht schuld sind an ihrer Armut. Diese Einstellung heisst

Solidarität. Solidarität auch innerhalb der Minderheit aller Bewohner unserer Bergtäler - Bauern und Nichtbauern - ist nötiger denn je!

SPD: Hans-Jochen Vogel muss die Flügelkämpfe verhindern

Was kommt nach Willy Brandt?

Eine Analyse von Horst Hartmann

Die Irritationen in der SPD vor, während und nach der letzten Bundestagswahl im Januar, haben mit dem Fall Mathiopoulos und den dadurch ausgelösten vorzeitigen Rücktritt des Parteivorsitzenden Willy Brandt ihren Höhepunkt und vermutlich ihren Abschluss gefunden. Die nicht gerade glücklich zu nennende Entscheidung Brandts für eine krasse Aussen-seiterin als Pressesprecherin hätte unter anderen Aspekten - nämlich bei einer Regierungsmehrheit der SPD - vielleicht sogar Beifall für eine mutige, unkonventionelle Entscheidung gefunden. Aber eine Oppositionspartei kann sich keine Dilettantin als Pressesprecherin leisten. Da sich die SPD überdies in einem Stimmungstief befindet, brachte die Griechin, dieses ahnungslose Küken, das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen.

Die Überzeugung breitete sich immer mehr aus, Willy Brandt lasse die Zügel schleifen. Deshalb wandte sich der Unmut vieler prominenter Sozialdemokraten gegen ihn. Es zeigte sich wieder einmal, dass ein überragender Politiker und Staatsmann selten den richtigen Zeitpunkt für seinen Rücktritt einschätzen kann. Willy Brandt wollte zwar im Frühsommer 1988 zurücktreten. Aber die Zeit arbeitete offensichtlich

schon jetzt gegen ihn. Hans-Jochen Vogel hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, dass Äusserungen über Brandt fielen, die mit dem Gefühl der Würde und mit sozialdemokratischer Solidarität nichts mehr zu tun haben. Was sich einige Parteidreie gegenüber Willy Brandt geleistet haben, ist erschreckend. Hans Apels Parole: «BMW-Brandt muss weg» hört sich wie eine rechtsradikale Parole an!

Verfolgt man übrigens die Einzelheiten des Falles Mathiopoulos, so muss man die Frage stellen, warum die Mitglieder des Parteivorstandes Willy Brandt nicht zu einer Meinungsänderung bewegten, zumal er dazu bereit war. Willy Brandt jetzt zum Sündenbock zu stempeln, wäre mehr als unfair, zumal er mit seinem freiwilligen Rücktritt als Parteivorsitzender im Juni Platz für Hans-Jochen Vogel als Nachfolger macht. Aber er hätte einen glücklicheren Abschluss seiner politischen Laufbahn verdient. Deshalb ist auch zu befürchten, dass sein Rücktritt bei den Parteimitgliedern und Wählern Apathie, Enttäuschung, Trauer und Wut auslöst, was sich bei den anstehenden Landtagswahlen katastrophal auswirken kann.

Das einzig Positive in diesem Verwirrspiel um eine junge Griechin, die sich übrigens vor